

Wahlen und Menschenrechte in Honduras

Am 24. November 2013 finden in Honduras die Wahlen statt, in denen 5,3 Millionen Wahlberechtigte ihre Stimme für den zukünftigen Präsidenten, 128 Kongressabgeordnete, 20 Abgeordnete für das Zentralamerikanische Parlament und 298 Bürgermeister abgeben können. Die Wahlen finden in einer sozialen und politischen Situation statt, die nicht von dem Staatsstreich Ende Juni 2009 und der daraus folgenden Krise zu trennen ist.

Die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen ist Besorgnis erregend

Nationale und internationale Organisationen beklagten die Ende 2009 durchgeführte Wahl des aktuellen Präsidenten Porfirio Lobo als illegitim. Die Krise in Honduras zeigt sich durch eine extrem polarisierte Gesellschaft, was sich unter anderem durch weit verbreitete Armut, insbesondere in ländlichen und indigenen Gemeinden, sowie durch eine extrem hohe Gewaltrate ausdrückt: Die Mordrate ist mit über 80 Ermordeten pro 100.000 EinwohnerInnen die höchste weltweit. Seit Lobos Amtsantritt im Januar 2010 wurden in Honduras allein 68 Richter ermordet, 15 davon im Jahr 2013. Die Straflosigkeit liegt bei 97 Prozent, wie die Nationale Menschenrechtskommission in Honduras (CONADEH) Ende September in einer Pressemitteilung bekannt gab. Wurden bereits vor dem Putsch in Honduras Menschenrechtsverletzungen beklagt, sind diese während des Staatsstreichs enorm angestiegen, Widerstand gegen den Staatsstreich wurde brutal unterdrückt.



Foto: pbi Honduras; „Die Straflosigkeit in Honduras liegt bei fast 98 Prozent.“

Die Situation für MenschenrechtsverteidigerInnen ist Besorgnis erregend. Innerhalb der generell verbreiteten Gewalt sind diese besonderen Gefahren ausgesetzt, wie Margaret Sekaggya, Spezielle UN-Berichterstatteerin für MenschenrechtsverteidigerInnen nach ihrem Besuch in Honduras 2012 festhielt. Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission Ende Oktober 2013 haben die teilnehmenden Menschenrechtsorganisationen beklagt, dass der honduranische Staat die Schutzmechanismen der Interamerikanischen Institutionen – der Kommission und des

Gerichtshofs – nicht umgesetzt und die MenschenrechtsaktivistInnen Einschüchterungen, Bedrohungen und Attentaten ausgeliefert sind.

In Honduras stand keine Wahl zuvor so sehr unter Beobachtung

Die Wahlen im November 2013 werden von Vielen als historisch bezeichnet. Erstmals nehmen neun Parteien an dem Prozess teil, davon sind vier nach dem Putsch entstanden. Umfrageergebnisse sehen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Juan Orlando Hernández, dem Kandidaten der aktuell regierenden Nationalen Partei, und Xiomara Castro voraus. Xiomara Castro, die Frau des 2009 abgesetzten Präsidenten Zelaya, ist Kandidatin der Partei Libre (Libertad y Refundación - übersetzt in etwa Freiheit und Neugründung), die sich aus der Widerstandsbewegung FGRP (Frente Nacional de Resistencia Popular - Nationale Widerstandsfront des Volkes) gegen den Staatsstreich gebildet hat.

In Honduras stand keine Wahl zuvor so sehr unter Beobachtung. Zwei internationale Institutionen – die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die Europäische Union – sind mit Delegationen als Wahlbeobachter präsent, mehr als zehn nationale und internationale Organisationen haben mit dem Obersten Wahltribunal (Tribunal Suprema Electoral) in Honduras Verträge zur Wahlbeobachtung unterzeichnet.

Das Vertrauen der Bevölkerung in einen legitimen Wahlprozess ist gering

Trotz alledem ist das Vertrauen der Bevölkerung in einen legitimen Wahlprozess gering. Die Unparteilichkeit des Obersten Wahlgerichtshofes – eine autonome Behörde, die die Rechtmäßigkeit der Wahlen zu sichern hat – steht in Frage. Zwei der drei Richter, die zu 2/3 durch den Kongress gewählt werden, waren zum Zeitpunkt ihrer Wahl politische Entscheidungsträger, was einen Verstoß gegen Artikel 52 der Verfassung bedeutet. Bereits im Vorfeld der Wahl wurden über 130 Wahldelikte in 67 Landkreisen angezeigt. In der Kritik steht auch die Transparenz der Wahl, da die Parteien die Herkunft ihrer Finanzen nicht offenlegen. Die KandidatInnen und politischen AktivistInnen werden bedroht und angegriffen. Laut einem Bericht der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation Rightsaction sind seit Mai 2012 – aufgrund der Vorwahlen im November 2012 als Beginn der Wahlkampfperiode definiert – mindestens 36 Parteiangehörige ermordet worden, wobei die Partei Libre die meisten Opfer zu beklagen hat.

Unabhängig vom Ausgang der Wahlen sehen Menschenrechtsorganisationen die Gefahr zunehmender Konflikte und Menschenrechtsverletzungen, insbesondere hinsichtlich der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte. In unterschiedlichen Regionen befinden sich indigene und Bauerngemeinden im Widerstand gegen Bergbau- und andere Megaprojekte und gegen die damit einhergehende Umweltzerstörung und Vertreibung der lokalen Bevölkerung. Organisationen, die sich für die Verteidigung der Rechte der Betroffenen einsetzen, sehen sich Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagnen ausgesetzt, so zum Beispiel im Fall des Zivilen Rates der indigenen und Volksorganisationen (COPINH), eine Organisation, die indigene Gemeinden in ihrem Widerstand gegen Landenteignung unterstützt. Gegen deren Koordinatorin und zwei weitere führende Mitglieder laufen mehrere Anklagen, u. a. wegen Nötigung, widerrechtlicher Inbesitznahme und Sachbeschädigung.



*Foto: pbi Honduras;
„Die Sicherheitslage der
VerteidigerInnen der
ökonomischen, sozialen
und kulturellen Rechte
ist Besorgnis erregend.“*

Zunehmende Militarisierung im Land

Menschenrechtsverletzungen durch staatliche bewaffnete Kräfte und Gewalttaten durch private Sicherheitsfirmen werden beklagt, ebenso die zunehmende Militarisierung durch die Schaffung neuer bewaffneter Einheiten. Obwohl der Bericht der offiziellen Wahrheitskommission, die die Menschenrechtsverletzungen während des Putsches dokumentierte, in ihren Schlussfolgerungen die Trennung von Polizei und Militär empfohlen hat, wurden seit Mitte dieses Jahres weitere bewaffnete Einheiten geschaffen: die TIGRES, eine aus mindestens 150 Polizei- und Militärangehörigen bestehende, spezielle Eliteeinheit mit geheimdienstlichen Kompetenzen und die 1.000 Mann starke Militärpolizei.